

Antrag Nr. 12-F-33-0103

CDU und SPD

Betreff:

Durchfahrtsverbot für LKW
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.9.2012 -

Antragstext:

Im Zuge der Einführung der Umweltzone in Wiesbaden hat das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für das Durchfahrtsverbot kein Einverständnis erteilt. Begründet wurde dies damit, dass das Gesamtaufkommen an LKW und der Transit-LKW Verkehr „nach Augenschein eher gering sei“.

Tatsächlich gibt es in Wiesbaden ein hohes Aufkommen an LKW und Transit-Verkehren, beispielhaft seien hierfür die B417, die B455 oder das Gebiet um die Äppelallee genannt. Das Durchfahren jedes einzelnen LKW und Transit-LKW führt zu einer starken Lärmbelastung der Bevölkerung und einer erhöhten Luftverunreinigung.

Um diesbezüglich eine Verbesserung herbeizuführen, ist zu prüfen, welche Strecken in Wiesbaden für Transit-LKW-Verkehre gesperrt werden können.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten darzulegen,

1. Unter welchen gesetzlichen Rahmenbedingungen Durchfahrtsverbote für LKW, beziehungsweise Schwerlastverkehre, für einzelne Straßenabschnitte möglich sind.
2. auf welche Straßen in Wiesbaden diese Kriterien zutreffen.
3. welche Straßen in Wiesbaden und unter welchen Kriterien derzeit für LKWs, beziehungsweise Schwerlastverkehre, gesperrt sind und mit welcher Begründung.

Wiesbaden, 18.09.2012

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Dr. Vera Gretz-Roth
Planungspolitische Sprecherin
(SPD-Fraktion)

Stephanie Engel
Fraktionsassistentin

Marcus Giebeler
Fraktionsassistent